

	<h1>Bekennnis- und Loyalitätserklärung (Einbürgerung)</h1>	PLZ, Ort, Datum Sachbearbeiten(In)
Antragsteller(in)		
Name	(ggf. frühere Namen)	
Vorname	Geburtsdatum	
Geburtsort/Geburtsland	Staatsangehörigkeit	
wohnhaft in		
<p>gibt folgendes Bekenntnis und Erklärung ab:</p> <p>1. Ich bekenne mich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere erkenne ich an</p> <ul style="list-style-type: none"> a) das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen, b) die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht, c) das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition, d) die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung, e) die Unabhängigkeit der Gerichte, f) den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und g) die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte. <p>2. Ich erkläre, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe, die</p> <ul style="list-style-type: none"> a) gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder b) eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder c) durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden. 		
Ort, Datum	Unterschrift des Erklärenden	

Datenschutzhinweise und Einwilligungserklärung nach Art. 13 und Art. 14 DSGVO

Information zur Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Einbürgerungs- und Staatsangehörigkeitswesen

1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Stadt Passau
Rathausplatz 2-3, 94032 Passau, Deutschland
Email: poststelle@passau.de
Telefon: +49 (0)851- 396 0
Fax: +49 (0)851- 396 438

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Der **behördliche Datenschutzbeauftragte** ist unter der o.g. Anschrift, zu Hd. Frau Julia Bauer, beziehungsweise unter datenschutz@passau.de erreichbar. Mit Fragen und Beschwerden können Sie sich auch an den Bayer. Landesbeauftragten für den Datenschutz wenden.

3. Zweck und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Ihre Daten werden zu folgendem Zweck erhoben:

Verwaltung der für die Durchführung der folgenden Vorgänge benötigten Daten:

- Einbürgerungsverfahren
- Staatsangehörigkeitsvorgänge
- Optionsverfahren

Die Rechtsgrundlage, auf der Ihre Daten erhoben werden, ist:

Art. 6 Abs. 1 lit. c) und e) DSGVO i.V.m. Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG), Bundeszentralregistergesetz (BZRG), Meldedatenverordnung (BayMeldDV), Aufenthaltsverordnung (AufenthV)

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden weitergegeben an:

Register der Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten (EStA) / § 33 StAG
Bundeszentralregister / § 41 Abs. 1 Nr. 6 BZRG, Landesamt für Verfassungsschutz, Polizei (§§ 31,32 StAG, § 11 StAG),
Meldebehörden / § 29 Meldedatenverordnung (BayMeldDV), Sozialleistungsträger, Ausländerbehörden (§§ 71, 73
Aufenthaltsverordnung (AufenthV), Regierung v. Niederbayern, Bayer. Staatsministerium des Innern

5. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

Falls es erforderlich und gesetzlich zulässig ist, werden Ihre Daten auch an die zuständigen Behörden Ihres Heimatstaats weitergegeben.

6. Vorgesehene Fristen für die Löschung der verschiedenen Datenkategorien

Ihre Daten werden in dem Verfahren mit folgenden Fristen gelöscht:

Bei Einbürgerungsverfahren: 30 Jahre nach einer Einbürgerung

Bei Staatsangehörigkeitsverfahren: 50 Jahre nach Abschluss des Verfahrens

7. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen die Rechte aus Art. 15-18, 20, 21 zu:

- Recht auf Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten, Recht auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch gegen die Verarbeitung
- Recht auf Datenübertragbarkeit

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.

8. Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Sie sind dazu verpflichtet, Ihre Daten anzugeben. Diese Verpflichtung ergibt sich aus:

Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG), Bundeszentralregistergesetz (BZRG), Meldedatenverordnung (BayMeldDV), Aufenthaltsverordnung (AufenthV)